

EU-Nachrichten

01
2015

KURZ & KNAPP
Schutz gegen Terrorismus **3**

Engere Zusammenarbeit und mehr Prävention

IM FOKUS
Investitionsfonds EFSI **5**

Guten Ideen aus Europa zum Durchbruch verhelfen

„Jahr der Entwicklung“ **6**

Bilanz und Ausblick für Entwicklungshilfe

DIGITALER BINNENMARKT
**Ansip und Oettinger
präsentieren Vision**

Um die Wettbewerbschancen der Zukunft zu nutzen, muss die EU den „physischen“ Binnenmarkt in einen digitalen umwandeln. Das erklärte der für den Digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident der EU-Kommission, Andrus Ansip. Nötig sei dafür ein sicheres Internet, dem Bürger und Unternehmen vertrauen. Dieses Vertrauen müsse etwa im Kampf gegen Cyberkriminalität und durch die Stärkung der Rechte beim Online-Shopping geschaffen werden.

Der Kommissar für Digitale Wirtschaft, Günther Oettinger, versprach bei einer Konferenz in München Breitband und schnelles Internet in den kommenden fünf Jahren auch für die ländlichen Gebiete der EU. Im Mai werde die Kommission ihre Strategie für den digitalen Binnenmarkt vorlegen. Einer der sensiblen Punkte ist für Oettinger die Netzneutralität. In der EU dürfe es keine Diskriminierung geben, sagte er.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13023_de.htm



Arbeitsreiche Monate für die EU-Institutionen erwartet Richard Kühnel, der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland.

RICHARD KÜHNELS AUSBLICK AUF 2015
Ein Jahr voller Herausforderungen

Das Jahr hat turbulent begonnen. Dass Europa und die Welt 2015 in ruhigeres Fahrwasser gelangen, kann heute nur gehofft werden, schreibt Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, in seinem Ausblick. Die neue Kommission unter Jean-Claude Juncker wird in den kommenden 12 Monaten ihre wichtigsten Projekte angehen.

> „Im chinesischen Kalender war 2014 das Jahr des Pferdes, das als besonders stürmisch gilt. Das neue Jahr ist das Jahr des Schafes, in dem wenige Höhen und Tiefen zu erwarten sein sollen. Doch die ersten Tage sprechen leider eine andere Sprache. Die tragische Attacke auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ in Paris sorgte nicht nur für weltweite Trauer und Entsetzen, sie prägt auch die Debatte über unsere Grundwerte in Europa. Es ist für mich ermutigend, die überwältigende Reaktion der Menschen zu sehen: Viele Tausende – Vertreter aller Religionen und Nationen – gingen auf die Straßen für mehr Toleranz.

Doch die Frage nach der richtigen Balance von Freiheit und Sicherheit in unserer Gesell-

schaft stellt sich aufs Neue, und es gibt keine einfachen Antworten. Für Europa und seine politischen Institutionen bringt 2015 eine Reihe von externen und internen Herausforderungen mit sich. Vieles ist noch nicht abschätzbar: Wie entwickelt sich der Konflikt in der Ostukraine, wie die Lage im Nahen Osten und im nördlichen Afrika, werden die Kräfte des Zusammenhalts in den europäischen Gesellschaften gestärkt oder ihre populistischen Gegner? Die neue Europäische Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker will durch eine klare Priorisierung die großen Themen wie Arbeitslosigkeit oder innere und äußere Sicherheit aktiv und mit Nachdruck angehen.

>>



Viele der großen weltweiten Herausforderungen erfordern eine gemeinsame Antwort der EU-Staaten. Hier wehen deren Flaggen vor dem Europaparlament.

➤ Gleichzeitig wollen die Bürger, dass sich die EU weniger in ihren Alltag einmisch, insbesondere bei Themen, bei denen die Mitgliedstaaten selbst die richtigen Lösungen finden sollten. Im neuen Arbeitsprogramm, das wir in der letzten Ausgabe vorgestellt haben, legt die Kommission offen, was sie 2015 unternehmen wird – und was nicht. Europa erwartet 2015 vier spannende Jahreszeiten:

„Energetischer Frühling“

Die Kommission will in den ersten Monaten die wichtigsten Vorhaben auf den Weg bringen. Dazu gehört die Investitionsoffensive, die in den kommenden drei Jahren mindestens 315 Mrd. Euro aus privaten und öffentlichen Kassen mobilisieren soll (siehe auch Seite 5). Zur Stärkung der Konjunktur muss auch eine solide Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten beitragen. Diese koordinieren deshalb ihre Politik im Rahmen des Europäischen Semesters. Bis Ende April legen sie ihre nationalen Reformpläne bei der Kommission vor, die dann rasch Empfehlungen ausspricht, über die im EU-Ministerrat diskutiert wird.

Bei einem EU-Gipfel am 12. Februar steht die brennende Frage im Mittelpunkt, wie die Mitgliedstaaten noch enger im Kampf gegen Terror zusammenarbeiten können.

Den Energiebinnenmarkt will die Kommission vollenden. Durch eine engere Vernetzung der Mitgliedstaaten wird die Versorgung sicherer. Die Kommission wird Vorschläge für eine Energieunion machen, eines der Hauptthemen beim EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs im März. In der Energieunion wollen die Staaten

auch Wege finden, den Energieverbrauch zu drosseln, weniger Treibhausgase auszustößen und beim Energieeinkauf in Drittstaaten geschlossener aufzutreten.

Mit der Östlichen Partnerschaft, der EU-Nachbarschaftspolitik mit der Ukraine, Moldau, Belarus, Georgien, Armenien und Aserbaidschan, will die EU Demokratie und Rechtstaatlichkeit in diesen Staaten stärken. Am 21. und 22. Mai findet in Riga ein Gipfel zur Östlichen Partnerschaft statt, der dazu beitragen soll, die Spannungen zwischen der Ukraine und Russland zu vermindern.

„Digitaler Sommer“

Ein Mega-Thema der kommenden Jahre ist die Frage, wie die Europäer die Chancen der digitalen Wirtschaft nutzen. Vor dem EU-Gipfel Ende Juni wird die Kommission ambitionierte Vorschläge präsentieren. Dazu gehören die Modernisierung des EU-Urheberrechts, einfachere Verbraucherschutzregeln im Onlinehandel und die Verbesserung der Cyber-Sicherheit.

Beim EU-Gipfel im Juni wird es um die weitere Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion gehen. Die Präsidenten von EU-Kommission, Europäischem Rat, Europaparlament und Europäischer Zentralbank bereiten dazu einen Bericht vor. Kommissionspräsident Juncker nimmt auch am G7-Gipfeltreffen teil, bei dem es am 7. und 8. Juni im bayerischen Schloss Elmau um die globalen politischen Herausforderungen geht.

„Nachhaltiger Herbst“

Grundlegend für ein friedliches Miteinander auf der Welt ist es, möglichst allen Menschen Chancen zu einem Leben in Würde zu eröff-

nen, ohne die natürlichen Ressourcen der Erde zu stark zu strapazieren. Welche nachhaltigen Entwicklungsziele die Weltgemeinschaft sich als Ersatz für die UN-Millenniumsziele von 2000 setzen will, wird bei einer UN-Konferenz in New York beraten. Die EU hat gleich das gesamte Jahr 2015 zum Europäischen Jahr für die Entwicklung erklärt, um diesen Prozess zu unterstützen (siehe auch Seite 6).

Die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in der EU selbst wird die Kommission durch Vorschläge für eine Kapitalmarktunion unterstützen. Ziel ist es, einen sicheren Markt für alternative Finanzierungswege für den Mittelstand jenseits von Bankkrediten zu schaffen.

„Wohltemperierter Winter“

Nach jahrelangen Vorbereitungen soll zum Jahresende bei einer UN-Konferenz in Paris endlich die Einigung auf ein internationales Klimaabkommen gelingen, um die Erderwärmung auf zwei Grad einzudämmen. Die EU hat ihre Angebote für ambitionierte Klimaschutzverpflichtungen bereits vorgelegt.

Wie man aus dieser sicher unvollständigen Liste ersehen kann, wird es für die EU kein ruhiges Jahr. Im Gegenteil: Mit den neu gewählten Institutionen – Europaparlament, Kommission und Europäischem Ratspräsidenten – und zwei ambitionierten Ratsvorsitzenden Lettland und Luxemburg wird die EU 2015 ihre Energie auf die Umsetzung dieser Agenda lenken. Durch echte Fortschritte und gute Resultate wird auch das Vertrauen der Bürger in das Europäische Projekt wieder zunehmen, davon bin ich überzeugt. Und das Chinesische Neujahr steht noch bevor.

Ich wünsche Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2015.“

Richard Kühnel

>

Zur Person: Richard Kühnel

Seit dem 1. Juni 2014 leitet Richard Kühnel die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland. Zuvor stand er seit 2008 an der Spitze der Kommissionsvertretung in Österreich. Der studierte Rechts- und Politikwissenschaftler war zunächst 1994 in den österreichischen diplomatischen Dienst eingetreten und hatte Stationen in Tokio, New York und Wien absolviert, bevor er zur EU-Kommission nach Brüssel wechselte.

SCHUTZ GEGEN TERRORISMUS IN DER EU

Engere Zusammenarbeit und mehr Prävention angestrebt

Die EU-Staaten wollen bei der Bekämpfung des Terrorismus noch enger zusammenarbeiten und auch stärker mit arabischen Staaten und Ländern rund um das Mittelmeer kooperieren. Die EU-Kommission will dabei helfen und eine engere Zusammenarbeit zwischen Europol und anderen europäischen Agenturen, den Kampf gegen den Waffenhandel und gegen die Terrorismusfinanzierung unterstützen, sagte der Erste Vizepräsident Frans Timmermans nach einer Diskussion des Kommissionskollegiums über das Thema.

Es gehe auch darum, der Radikalisierung besser vorzubeugen. Für entsprechende Programme stehen Finanzhilfen über den „Fonds für die Innere Sicherheit“ zur Verfügung. Seit den Terroranschlägen in Paris Anfang Januar diskutieren die Mitgliedstaaten, wie sich Terroris-

mus am besten verhindern lässt. Am 12. Februar werden sich auch die Staats- und Regierungschefs mit dem Thema befassen. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, sei eine Kernaufgabe der Nationalstaaten, betonte Timmermans. Die EU-Kommission wird ihre Sicherheitsagenda für 2015-2020 voraussichtlich im Mai vorstellen. Timmermans rief dazu auf, die offenen und toleranten Gesellschaften in Europa zu verteidigen.

■ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13021_de.htm



STEUERPRAKTIKEN IN LUXEMBURG

Kommission veröffentlicht Details zu Amazon-Fall

Die EU-Kommission hat jetzt weitere Details zur ihrer Untersuchung von Steuervereinbarungen veröffentlicht, die die Behörden Luxemburgs mit dem Online-Warenhaus Amazon getroffen haben. Die Kommission vermutet, dass der US-Konzern günstigere Konditionen bekommt als seine Konkurrenten. Ähnliche Steuerregelungen untersucht die Kommission auch in anderen EU-Staaten. In der Causa Amazon argumentiert sie, gruppeninterne Verrechnungspreissysteme könnten dem Zweck dienen, die Steuerlast in Luxemburg zu verringern.

EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager und der für Steuern zuständige Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici bekräftigten in einem Gastbeitrag für die „Süddeutsche Zeitung“, dass die Kommission eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung anstrebt und einen automatischen Informationsaustausch über Steuervorentscheidungen. „Steuerbehörden müssen wissen, welche Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat bevorzugt behandelt werden“, so Vestager und Moscovici. „Die meisten EU-Staaten sind bereits dafür, und wir glauben fest daran, dass wir auch diejenigen überzeugen werden, die noch zögern“.

■ http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_38944

ONLINE-FLUGBUCHUNGEN

Preise müssen von vornherein klar sein

Fluggesellschaften müssen bei ihren Online-Angeboten stets die Endpreise der Flüge mit Steuern, Kerosinzuschlag und Bearbeitungsgebühren angeben. Das hat der Europäische Gerichtshof entschieden. Diese Verpflichtung gilt nicht nur für die vom Kunden ausgewählten Flugverbindungen sondern für alle angebotenen Flüge.

Das Verfahren geht auf eine Klage von deutschen Verbraucherschützern gegen das Online-Buchungssystem von Air Berlin im Jahr 2008 zurück. In diesem Fall war für den Kunden nur der Endpreis für die Flüge ersichtlich, die er angeklickt hatte, nicht aber die Preise für die anderen Flugverbindungen. Nachdem sich der Bundesverband der Verbraucherzentralen mit seiner Auffassung, dass diese Praxis der Preisangabe gegen EU-Recht verstoße, in zwei Instanzen durchgesetzt hatte, hatte Air Berlin den Bundesgerichtshof angerufen. Vor dessen Urteil sollte der EuGH nun klären, ob die Praxis gegen die EU-Verordnung 1008 von 2008 verstößt. Ziel dieser Regelung sei es, dass die Kunden die Preise verschiedener Fluglinien „effektiv“ vergleichen könnten, urteilte der Gerichtshof dazu. Das Urteil ist für alle nationalen Gerichte maßgeblich, die mit einem ähnlichen Problem befasst werden. C-573/13

■ http://curia.europa.eu/jcms/jcms/j_6/

GENTECHNISCH VERÄNDERTE PFLANZEN

EU-Staaten haben das letzte Wort bei der Anbauzulassung

Die EU-Staaten dürfen künftig den Anbau gentechnisch veränderter Organismen auf nationaler oder regionaler Ebene verbieten – auch wenn diese auf EU-Ebene für den Anbau zugelassen wurden. Das Europäische Parlament befürwortete einen mit den Mitgliedstaaten ausgehandelten Kompromiss zur GVO-Anbauzulassung. Der EU-Kommissar für Lebensmittelsicherheit, Vytenis Andriukaitis, geht davon aus, dass die neue Regelung nach der Zustimmung des Ministerrates ab Frühjahr angewendet werden kann.

Nach den neuen Vorgaben können die Mitgliedstaaten für Anbauverbote eine Reihe unterschiedlicher Gründe anführen. Dazu gehören umweltpolitische Bedenken, solange sie sich von den Gesundheits- und Umweltrisiken unterscheiden, die bereits von der EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA bewertet worden sind. Auch städte- und landschaftsplanerische Gründe oder agrarpolitische Ziele können geltend gemacht werden. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet sicherzustellen, dass konventionelle Pflanzen nicht durch Gentechnik kontaminiert werden. Bis heute ist lediglich MON810, ein GV-Mais des US-Agrarkonzerns Monsanto, zum Anbau in der EU zugelassen.

■ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/13001_de.htm

Ehrliche Diskussion über Regeln zum Investorenschutz



Im Frühjahr will die EU-Kommission Vorschläge dafür machen, wie es mit den Gesprächen über Investorenschutz im Rahmen der TTIP-Verhandlungen weitergehen soll.

Außergerichtliche Schiedsstellen zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten und ausländischen Investoren werden in der EU mit „äußerster Skepsis“ betrachtet. Dieses nüchterne Fazit hat EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström nach Auswertung einer mehrmonatigen öffentlichen Konsultation zu der Frage gezogen, ob das geplante transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) einen Mechanismus zum Investor-to-State Dispute Settlement (ISDS) enthalten und wie dieser gegebenenfalls aussehen sollte. Fast 150.000 Antworten hat die Kommission erhalten.

> Allerdings wurden 97 Prozent der Stellungnahmen „über verschiedene Onlineplattformen von Interessengruppen übermittelt, auf denen negative Antworten vorformuliert waren“, die unter anderem auf eine generelle Ablehnung von TTIP abzielten, sagte Malmström. Deswegen wolle sie den von der Wirtschaft geforderten Investitionsschutz einschließlich ISDS nicht einfach ad acta legen, sondern im Frühjahr neue Vorschläge für die TTIP-Verhandlungen machen. „Wir müssen mit den Regierungen der EU-Länder, dem Europäischen Parlament und der Zivilgesellschaft eine offene, ehrliche Diskussion über den Investitionsschutz und die ISDS in TTIP führen, bevor wir dazu irgendwelche politischen Empfehlungen abgeben“, sagte Malmström.

Bei der Auswertung der „individuellen“ Antworten von über 3.000 Personen und rund 450 Organisationen hat die Kommission vor allem vier Schwerpunkte ausgemacht:

- > Die Frage, wie trotz ISDS das Recht der EU und ihrer Mitgliedstaaten gewahrt bleibt, Gesetze und Regeln zum Schutz öffentlicher Interessen vorzugeben.
- > Zusammensetzung und Arbeitsweise der Schiedsgerichte.
- > Das Verhältnis zwischen nationalen Gerichten und ISDS.
- > Die Idee, ISDS-Entscheidungen auf ihre rechtliche Korrektheit durch eine Berufungsinstanz überprüfen zu lassen.

Wirtschaftsverbände erneuerten ihre Forderungen nach einem außergerichtlichen Streitbelegungs-

mechanismus für den transatlantischen Handel, sprachen sich gleichzeitig aber auch für eine Modernisierung der ISDS aus, die laut Kommission in rund 1.400 bilateralen Abkommen der EU-Mitgliedstaaten verankert sind.

„Es wäre falsch, genau jetzt die Schlussfolgerung zu ziehen, in den TTIP-Verhandlungen gar nicht über Investitionsschutz zu reden“, sagte Ulrich Grillo, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie. „Europa und die USA haben die Chance, ein modernes Investitionsschutzabkommen zu schaffen, das Vorbild für andere Abkommen wird. Investitionsschutzverträge sind unverzichtbar für die weltweit aktive deutsche Wirtschaft.“ In den TTIP-Verhandlungen bestehe „erstmal die Möglichkeit, auch auf transatlantischer Ebene eine neutrale, tatsachen-orientierte und unpolitische Form der Streitbeilegung umzusetzen“, sagte Oliver Wieck, Generalsekretär der Internationalen Handelskammer (ICC) in Deutschland.

Malmström wies darauf hin, dass die meisten bestehenden ISDS-Abkommen nicht so formuliert sind, wie die Kommission sich das vorstellt. „Sollte es uns nicht gelingen, sie durch modernere Bestimmungen zu ersetzen, bleiben diese Klauseln nämlich in Kraft, und all die berechtigten Bedenken, die in den letzten Monaten geäußert wurden, gelten dann auch für sie“, betonte die Kommissarin. Das Mandat, das die EU-Staaten der Kommission für die TTIP-Verhandlungen erteilt haben, sieht vor, mit den USA auch über eine Investitionsschutzklausel einschließlich ISDS zu reden.

Weitere TTIP-Dokumente veröffentlicht

Die Kommission machte unterdessen ihr Versprechen transparenterer Verhandlungen wahr. Sie veröffentlichte Dokumente zu den geplanten Inhalten von TTIP. Die acht online gestellten Textvorschläge betreffen die Kapitel Wettbewerb, Lebensmittelsicherheit sowie Tier- und Pflanzengesundheit, Zollfragen, technische Handelshürden, Handelserleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und zwischenstaatliche Streitbeilegung. Damit auch Laien die Rechtstexte verstehen können, werden diese von zusätzlichen Erläuterungen und einem Glossar mit Fachbegriffen begleitet. „Es ist wichtig, dass jeder sieht und versteht, was wir für TTIP vorschlagen und - genauso wichtig - was nicht“, sagte Malmström. (ste/frh) >

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/12999_de.htm

Regionale Spezialitäten bleiben geschützt

Die EU-Kommission schließt aus, in den TTIP-Verhandlungen die Regeln für geschützte geografische Herkunftsangaben wie etwa Schwarzwälder Schinken, Bayerisches Bier oder griechischen Fetakäse aufzuweichen. Die Kommission habe den US-Partnern klar gemacht, dass der Schutz geistigen Eigentums und von Marken wie den Herkunftsangaben zu den Prioritäten der EU gehöre, sagte ein Sprecher. In der EU sind derzeit gut 1.450 regionale Spezialitäten aus den Mitgliedstaaten geschützt.

EU-KOMMISSAR KATAINEN WIRBT FÜR INVESTITIONSFONDS

Guten Ideen aus Europa zum Durchbruch verhelfen

Teltow ist berühmt für seine Rübchen, doch diese ernähren die Einwohner der brandenburgischen Stadt nahe bei Berlin schon lange nicht mehr. Größere Märkte als für die Rüben gibt es für Hightech-Produkte wie etwa die medizintechnischen Geräte der Teltower Firma „Getemed“. Mit Investitionen in solche innovativen Unternehmen könnte die Konjunktur in der EU angekurbelt werden, meint die EU-Kommission. Stimulieren will sie diese Ausgaben durch den geplanten Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI).



Bei seinem Besuch von Thales Alenia Space Italia informierte sich Katainen Mitte Januar über die Produktion von Antennen und Ausrüstung für Satelliten.

> Wenn Jyrki Katainen, Kommissionsvizepräsident und zuständig für Wachstum, Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, am 29. und 30. Januar nach Deutschland kommt, um für Unterstützung für EFSI zu werben, dann wird er auch Getemed besuchen. Die Firma hat für ihre Innovationen schon etliche Preise bekommen und konnte sie – auch dank finanzieller Förderung durch die EU – erfolgreich vermarkten.

Für Patienten mit chronischer Herzschwäche hat Getemed gemeinsam mit dem Hasso-Plattner-Institut einen Instrumentenkoffer („Physiogate“) entwickelt, mit dem Ärzte die Herzwerte ihrer Patienten aus der Ferne beobachten und im Notfall eingreifen können. Durch das mobile EKG-Gerät können Patienten ihre lebenswichtigen Daten (Blutdruck, Gewicht, EKG) regelmäßig von zu Hause aus eingeben. Durch den permanenten Kontakt zum Arzt fühlen sie sich sicherer und sparen im Flächenland Brandenburg lange Anfahrtswege zu Landärzten. Die Entwicklung von Physiogate wurde mit 2 Mio. Euro aus dem EU-Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.

Weit über Brandenburg hinaus interessant sein könnte auch eine andere Entwicklung der Firma, ein kleines Tele-EKG, das auf Knopfdruck Messdaten aufzeichnen kann, wenn ein Patient etwa nachts mit Herzrasen aufwacht. Diese Daten könnten dem Arzt bei der richtigen Diagnose helfen. Bisher ist diese bei Herzrhythmusstörungen oft schwierig, weil die Symptome zum Zeitpunkt der Untersuchung völlig verschwunden sein können. Doch für die Perfektionierung solcher Techniken brauchen Firmen wie Getemed finanzielle Unterstützung.

Mit der finanziellen Absicherung risikoreicher Investments durch EFSI will die EU-Kommission Geldgeber zu einem Engagement in der EU motivieren. Öffentliche Garantien von 21 Mrd. Euro sollen in den kommenden drei Jahren Investitionen von mindestens 315 Mrd. Euro in zukunftsweisende Projekte stimulieren, wie etwa Breitband- und Energienetze oder die Förderung von Bildung, Forschung und von kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 3.000 Beschäftigten. Kommissionsvizepräsident Katainen wirbt in den Mitgliedstaaten darum, die öffentlichen Garantien aufzustocken, was noch mehr privates Geld anziehen würde.

„Road-Show“ durch die ganze EU

Kurz vor Weihnachten hat Katainen die „Road Show“ zur Vorstellung des EFSI in Rumänien eröffnet. Nach dem Jahreswechsel war Italien an der Reihe. Dem Deutschlandbesuch folgen im Februar Reisen nach Kroatien, Tschechien und Spanien und im März Frankreich. Bis Oktober will Katainen alle 28 Mitgliedstaaten besucht haben. Auch in Nicht-EU-Ländern will er für den Investitionsplan werben.

Investitionsbereitschaft belohnen

Die Kommission hat angekündigt, finanzielle Beiträge der Mitgliedstaaten zu EFSI „bevorzugt zu behandeln“, wenn sie die Haushaltsdefizite der Staaten nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt bewertet. Der EU-Gipfel Ende Dezember habe sich hinter diesen Ansatz gestellt, betont die Kommission.

Katainens Programm ist jeweils auf die speziellen Investitionsbedürfnisse der besuchten Länder zugeschnitten. In Deutschland wird deshalb ein Schwerpunkt auf Informationstechnologien und die digitale Wirtschaft, Energie und Verkehr gelegt.

Gespräche mit Politik und Wirtschaft

Nach dem Besuch bei Getemed, gemeinsam mit Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, spricht Katainen in Berlin mit Vertretern von Industrie- und Wirtschaftsverbänden, mit den Bundestagsausschüssen für Wirtschaft und Europa und mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Am Tag darauf trifft er in Frankfurt potenzielle Investoren von großen Banken und Versicherungsunternehmen, bevor er an der Goethe-Universität mit Wissenschaftlern und Studenten über den Investitionsplan diskutiert.

Wie genau der Fonds aussehen und funktionieren soll, hat die Kommission Mitte Januar vorgeschlagen und sie hofft, dass Europäisches Parlament und die Mitgliedstaaten den rechtlichen Rahmen bis Juni beschlossen haben, damit der Fonds dann arbeiten kann. Die Europäische Investitionsbank (EIB), wichtiger Partner bei EFSI, beginnt derweil schon mit den Vorarbeiten, trägt ihren Teil zur Finanzausstattung bei, baut einen Pool von Experten auf, die Investoren bei Auswahl, Finanzierung und Verwirklichung von Projekten beraten können und beteiligt sich an der Zusammenstellung einer Liste von interessanten Vorhaben, die für EFSI-Förderung in Frage kommen könnten. (frh) >

http://ec.europa.eu/priorities/jobs-growth-investment/plan/index_de.htm

Vielfältiger Einsatz für „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“

Das Europäische Jahr für Entwicklung ist gestartet. Es steht unter dem Motto „Unsere Welt, unsere Würde, unsere Zukunft“. EU-weit wird über die Herausforderungen der globalen Entwicklungspolitik diskutiert. Im Mittelpunkt steht die Frage: Wie sollen die neuen Ziele für eine weltweite nachhaltige Entwicklung aussehen? 2015 wird auch Bilanz gezogen zu den vor 15 Jahren festgelegten UN-Millenniums-Entwicklungszielen. Zum Jahresende soll außerdem ein weltweites Klimaschutzabkommen vereinbart werden. Damit rückt die Entwicklungszusammenarbeit ins internationale Rampenlicht. Die Europäische Kommission sieht das Jahr für Entwicklung (EYD 2015) als Chance, über ihre Leistungen und die der Mitgliedsstaaten zu informieren.

EU-Bürger sind für mehr Entwicklungshilfe

Die Menschen auf der Welt seien zunehmend voneinander abhängig, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei der Eröffnungsveranstaltung zum Entwicklungsjahr. „Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, seien es Klimawandel, Migration, Radikalismus oder Seuchen wie Ebola, kennen keine Grenzen. Unsere Antwort darauf muss einheitlich sein“, sagte Juncker. Zu den größten Aufgaben gehöre es, den Menschen auf der Welt ein würdiges Leben zu ermöglichen, ohne die Natur überzustrapazieren.

„Wir wollen Geschichten aus der ganzen Welt erzählen, die zeigen, dass – woher wir auch kommen und wohin wir auch wollen – unsere Ziele die gleichen sind: eine stabile und friedliche Welt, Bildung für unsere Kinder, Arbeitsplätze für junge Menschen, ein Leben in Würde auf diesem Planeten, mit dem wir achtsamer umgehen müssen“, sagte Juncker zu den Zielen des Entwicklungsjahres.

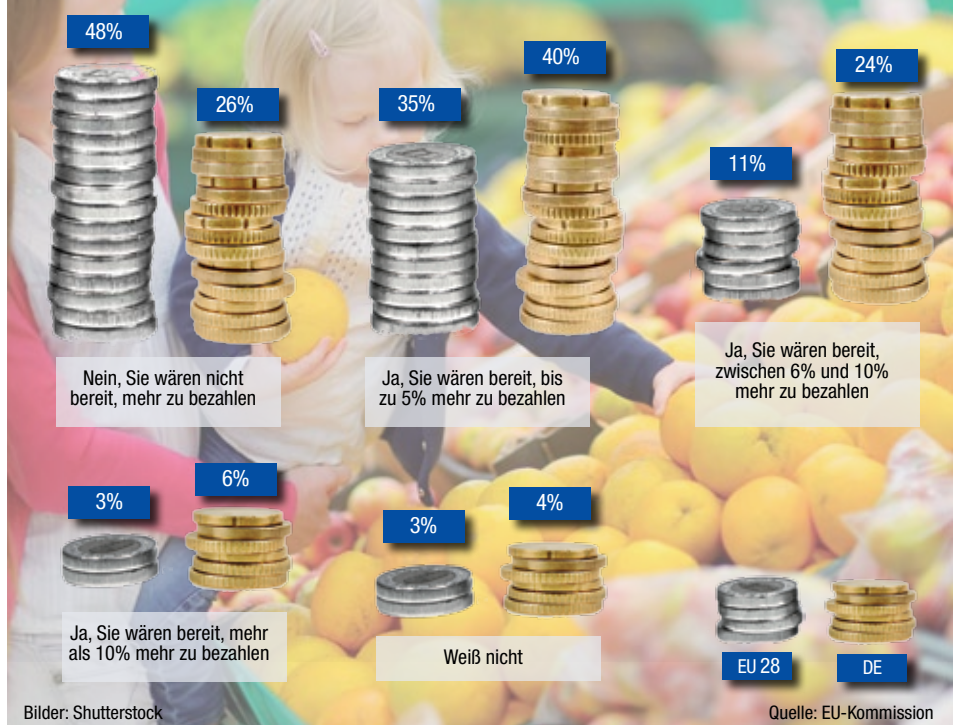
Die EU stellt weltweit das meiste Geld für Entwicklungshilfe bereit (siehe Kasten). In einer

EU ist der größte Geber

Die EU ist laut Kommission weltweit mit Abstand größter Geldgeber für Entwicklungshilfe. Im Jahr 2013 unterstützten die 28 Mitgliedstaaten Entwicklungsländer mit 56,2 Milliarden Euro, was 0,43 Prozent des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) entspricht.

PERSÖNLICHES VERHALTEN UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Ergebnisse einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage: Wären Sie bereit, mehr Geld für Lebensmittel oder andere Produkte aus Entwicklungsländern zu bezahlen, um die dort lebenden Menschen zu unterstützen (z.B. für fair gehandelte Produkte)?



Eurobarometer-Umfrage sagten jetzt 67 Prozent der befragten EU-Bürger (sechs Prozentpunkte mehr als 2013), es sollte noch mehr sein. 69 Prozent der Befragten glauben laut Umfrage, dass die Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern auch positive Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger der EU hat. Rund drei Viertel sind der Ansicht, dass dies im Interesse der EU ist (78 Prozent) und zu mehr Frieden und Gerechtigkeit in der Welt beiträgt (74 Prozent).

Das „Jahr der Entwicklung“ sei eine einmalige Chance, auf diese Themen aufmerksam zu machen und die Menschen besser darüber zu informieren, wie die Hilfsgelder eingesetzt werden, sagte Neven Mimica, der EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung.

Deutsche „Zukunftscharta“ liegt schon vor

In Deutschland koordiniert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Aktivitäten zum Europäischen Jahr der Entwicklung. Eine nationale Auf-

taktveranstaltung ist im Februar geplant, und das BMZ hat bereits in einem monatelangen Dialog mit Interessensgruppen und Bürgern und nach vielen Veranstaltungen in ganz Deutschland die Zukunftscharta „EINWELT – Unsere Verantwortung“ erarbeitet. Bei zahlreichen Bürgerdialogen soll 2015 weiter diskutiert werden. Auch die deutsche Vertretung der EU-Kommission beteiligt sich an diesen Veranstaltungen. Sie plant auch weitere Informationsangebote zum Entwicklungsjahr, zum Beispiel:

- > im „Info-Punkt“ im Europäischen Haus in Berlin und bei besonderen Veranstaltungen, etwa dem Europatag Anfang Mai,
- > bei Politiksimulationsspielen für Schulen und Jugendliche, die die Kommissionsvertretung zusammen mit den Bundesländern plant,
- > beim Europäischen Schultag, bei dem auch Kommissionsmitarbeiter und Europapolitiker Schulen besuchen und mit den Jugendlichen diskutieren. (frh) >

<https://europa.eu/eyd2015/de>

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 24.01.2015 18.30–20.30 Uhr	„Grenzüberschreitende Zusammenarbeit aus der Sicht der Landesregierung Rheinland-Pfalz“ Neujahrsempfang des Kreisverbandes Südpfalz der Europa-Union Veranstalter: Europa-Union Rheinland-Pfalz Kreisverband Südpfalz	Hotel-Restaurant „Schweigener Hof“ Hauptstraße 2 76889 Schweigen	www.europatermine.de/termine/datum/2015/januar/24/termin/einzel/grenzuerschreitende_zusammenarbeit_aus_der_sicht_der_landesregierung_rheinland_pfalz.html
> 26.01.2015 18.00–20.30 Uhr	„Eur Voice: Unser Medium für Europa“ Podiumsdiskussion Veranstalter: JEF Trier, Landeszentrale für politische Bildung RLP	Universität Trier Universitätsring 15 54296 Trier	jeftrier.wordpress.com
> 27.01.2015 18.00 Uhr	„Mobil in Europa: Wie wollen wir unterwegs sein?“ Vortrag und Diskussion mit Violeta Bulc, EU-Kommissarin für Verkehr (in englischer Sprache) Veranstalter: Schwarzkopf Stiftung	Schwarzkopf-Stiftung Sophienstraße 28–29 10178 Berlin	http://schwarzkopf-stiftung.de/events/mobil-in-europa-wie-wollen-wir-unterwegs-sein/
> 27.01.2015 18.00–20.45 Uhr	„Europa literarisch“ mit dem polnischen Schriftsteller, Lyriker und Maler Jacek Dehnel. Lesung Veranstalter: Europäische Kommission, Vertretung in Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	http://ec.europa.eu/deutschland/termine/20150127_europa_literarisch_polen_de.htm
> 29.01.2015 09.00–12.00 Uhr	„Mehr Handel und Investitionen – warum EU und USA TTIP brauchen“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Bürger Europas	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Invalidenstraße 48 10115 Berlin	www.europatermine.de/termine/datum/2015/januar/29/termin/einzel/fokus_auf_europa_im_bundesministerium_fuer_wirtschaft_und_energie.html
> 29.01.2015 18.30 Uhr	„Rechtspopulismus und Fremdenfeindlichkeit: In der Mitte angekommen?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Friedrich-Ebert-Stiftung, Institut francais Bonn	Friedrich-Ebert-Stiftung Godesberger Allee 149 53175 Bonn	www.institutfrancais.de/bonn/agenda-1217/debat/rechtspopulismus-und,36087.html?lang=de
> 30.01.2015 19.30 Uhr	„Mitreden über Europa“ Bürgerforum Veranstalter: Europäisches Parlament, Informationsbüro in München	Stadthaus Ulm Münsterplatz 50 89073 Ulm	www.europarl.de
> 01.02.2015 11.30–13.00 Uhr	„Welche Reformen braucht Europa?“ Podiumsdiskussion der Reihe „Europäische Gespräche“ Veranstalter: Europabüro Bremen	Theater Bremen Am Goetheplatz 1-3 28203 Bremen	www.helgatruempel.de/allgemein/europaeische-gesprache-welche-reformen-braucht-europa.html
> 05.02.2015 10.00–16.30 Uhr	„Uns verbindet Grundbildung – lokal bis europäisch netzwerken“ Europäische Regionalkonferenz Veranstalter: Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, Landesverband der Volkshochschulen NRW u.a.	Romaneum/VHS Neuss Brückstraße 1 41460 Neuss	www.agenda-erwachsenenbildung.de/veranstaltungen/veranstaltungen_der_nks/regionalkonferenz_uns_verbindet_grundbildung_lokal_bis_europaeisch_netzwerken.html
> 05.02.2015 18.00–19.30 Uhr	„Vorbereitungstreffen Europawoche 2015“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Schleswig-Holstein	Europa-Union Schleswig-Holstein Faluner Weg 28 24109 Kiel	www.europa-union-sh.de

IMPRESSUM

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG • Gutleutstraße 89
• 60329 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infocource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Vertretung in Deutschland

**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

WEBSEITE DER EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Letten wollen „gründlich wie ein Mühlstein“ arbeiten

Erstmals in seiner Geschichte hat Lettland zu Jahresbeginn die halbjährlich rotierende EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Am stärksten will sich die Regierung in Riga in den sechs Monaten dafür engagieren, das Wachstum anzukurbeln und die globale Position der EU zu stärken. Einen Überblick über die Termine und Aktivitäten der Ratspräsidentschaft bietet deren Internetseite – auch in deutscher Sprache.



Das Logo der Präsidentschaft soll an einen Mühlstein erinnern und Nahrung, Wohlstand sowie Solidität und Gründlichkeit symbolisieren. Eigenschaften der Letten, wie die Regierung in Riga meint. „Die lettische Ratspräsidentschaft – der tiefgründige Mühlstein, der rotiert und die gesamte Europäische Union nach vorn bewegt, Probleme löst und die Bedeutung der Union selbst stärkt“, sagte Außenminister Edgars Rinkēvičs.

<https://eu2015.lv/de/>

„FRAU EUROPAS 2014“

Ehrenamtliches Engagement für die EU wird gewürdigt

Linn Selle wird die bisher jüngste Trägerin des Preises „Frau Europas“ sein. Am 26. Januar wird die 1986 im Münsterland geborene Doktorandin der Europa-Universität Viadrina mit dem seit 1991 vergebenen Preis der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD) ausgezeichnet. Gewürdigt werde damit der Einsatz Selles im Vorstand der Jungen Europäischen Föderalisten e.V. (JEF), wo sie „mit ihrem Charisma und ihrer Fachkompetenz in der Europapolitik“ junge Menschen erreiche und „für ein demokratisches, föderales und offenes Europa“ streite, so die Jury. Als Beispiel hoben die Juroren hervor, wie Selle im Europawahlkampf 2014 mit einer Online-Petition ARD und ZDF drängte, das „Duell“ der Spitzenkandidaten zu übertragen.

In einem Alter, in dem junge Menschen zwischen einem Ehrenamt und einem lukrativen Nebenjob abwägen würden, sei Selles mittlerweile vierjährige Tätigkeit im Vorstand der JEF eine große persönliche Leistung, begründete die Jury ihre Wahl. Mit ihrem Preis will die EBD ehrenamtliche Strukturen in der Zivilgesellschaft stärken.

<http://www.netzwerk-ebd.de/aktivitaeten/preis-frauen-europas/preistraegerinnen/selle/>

TWITTER-CHAT MIT DER EU-KOMMISSION

Antwort auf Fragen rund um das Thema Datenschutz

Der 28. Januar ist der „Europäische Datenschutztag“. An diesem Datum wurde 1981 die Europäische Datenschutzkonvention unterzeichnet. Die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland nimmt das zum Anlass, am Vorabend ihren ersten Twitter-Livechat dem Thema Datenschutz zu widmen. Paul Nemitz, Direktor für Datenschutz und Unionsbürgerschaft bei der EU-Kommission, beantwortet am 27. Januar zwischen 16 und 17 Uhr Fragen, die ihm über Twitter oder über die Facebookseite der deutschen Kommissionsvertretung gestellt werden.

In dem Chat kann es etwa um den Stand der europäischen Datenschutzreform gehen, um das „Recht auf Vergessenwerden“ im Internet oder das geplante Datenschutzabkommen der EU mit den USA. Die derzeit geltenden Datenschutzregeln sind 20 Jahre alt und dem Internetzeitalter nicht mehr angemessen. Die Kommission hat 2012 neue Vorschriften vorgeschlagen, die einheitlich hohe Schutzstandards in der ganzen EU schaffen sollen. Der Gesetzesentwurf wird noch von Europaparlament und den Mitgliedstaaten beraten.

http://ec.europa.eu/deutschland/termine/20150127_twitter_chat_de.htm

BRÜSSEL-I-VERORDNUNG

Rechtsstreite im EU-Ausland künftig leichter belegen

Rechtsstreitigkeiten mit Beteiligten aus anderen EU-Staaten werden künftig billiger auszufechten und leichter beizulegen sein. Am 10. Januar ist die Neufassung der so genannten Brüssel-I-Verordnung in Kraft getreten, mit der die gerichtliche Zuständigkeit sowie Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen geregelt wird.

Mit der überarbeiteten Verordnung werden in einem Mitgliedstaat erlassene gerichtliche Entscheidungen in allen EU-Staaten sofort vollstreckbar. Damit entfallen Anwalts-, Übersetzungs- und Gerichtskosten, die laut EU-Kommission in komplexen Verfahren bis zu 12.700 Euro betragen können. Das Prozedere sei aber in fast 95 Prozent der Fälle eine reine Formalität. Aufgrund der neuen Regelung erwartet die Kommission jährliche Einsparungen von 48 Millionen Euro, die besonders kleinen und mittleren Betrieben zu Gute kommen dürften. Verbraucher können bei Streitigkeiten mit einem Unternehmen aus einem Drittstaat ein Gericht in ihrem Wohnsitzland einschalten. Beschäftigte, die für Firmen aus Drittstaaten arbeiten, können in dem Land, in dem sie arbeiten, gegen ihren Arbeitgeber klagen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-3080_de.htm

